

Zu den historischen Gründen
eines fundamentalen
Missverstehens

Die politische Kultur Griechenlands

Heinz A. Richter

Am 25. November 2011 war im Berliner *Tagespiegel* zu lesen: „Griechenland ist zu orientalisch, um ein europäisches Land zu sein, und zu westlich, um zum Orient zu gehören.“ Dieser Satz stammte vom griechischstämmigen Romanautor und Publizisten Dimosthenis Kourtovik. Vom Kommandeur der britischen Militärmission bei den griechischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg, Brigadier Myers, gibt es eine ähnliche Äußerung aus dem Jahr 1943, in der er seiner Verzweiflung über die griechische Politik drastisch Ausdruck verlieh: „The Greeks are Asiatic. One cannot judge them by European standards.“ Ähnliche Äußerungen liegen auch von Amerikanern vor, die 1948 bis 1952 im Rahmen des Marshall-Plans in Griechenland eingesetzt waren.

Nun sind die Griechen zweifellos weder Orientalen noch Asiaten, aber beide Äußerungen dürfen als Hinweis gewertet werden, dass es zwischen den politischen Kulturen Griechenlands und Westeuropas größere Unterschiede geben muss. Die Äußerungen des Auslandsgriechen und des Briten sind hilflose Versuche, der Andersartigkeit der politischen Kultur näherzukommen, indem man bekannte Erklärungsmuster auf Griechenland projiziert. Neigungen, eigene oder andere bekannte Vorstellungen auf Griechenland zu projizieren, wurden auch bei den Reaktionen der EU-Führer sehr deutlich, seit im Frühjahr 2010 die griechische Finanzkrise ausbrach. Die in Brüssel, Paris oder Berlin vorgebrachten Empfeh-

lungen und Vorschläge zeigten sehr deutlich die geringe Kenntnis vom Funktionieren des griechischen politischen Systems. Aber nicht nur die Politiker Westeuropas zeigten ihre Ignoranz, sondern auch die Medien. Realistische, informierte Einschätzungen der Lage in Griechenland gab es kaum. Doch wo liegen nun die tatsächlichen Unterschiede zwischen der griechischen und der europäischen politischen Kultur?

Wurzeln der Unterschiede

Bekanntlich stammen grundlegende Elemente dessen, was das politische Denken eines heutigen Europäers ausmacht, aus dem antiken Griechenland. Interessant ist aber, dass im Altgriechischen kein Begriff entwickelt wurde, der genau dem der römischen *Res publica* entspricht. Es gibt weder im antiken noch im modernen Griechisch eine Bezeichnung für den Begriff Republik. Im modernen Griechisch bedeutet *Dimokratia* sowohl Demokratie als auch Republik. Will man den Unterschied zur Monarchie hervorheben, spricht man von der ungekrönten Demokratie. Die griechische Sprache ist damit in ganz Europa wohl die einzige, in der es das Wort Republik als Lehnwort nicht gibt.

Vom fünfzehnten bis zum neunzehnten Jahrhundert waren Griechenland und die übrigen Länder des Balkans Teile des Osmanischen Reiches, was zu tief gehenden Veränderungen führte. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Herrscher war die Vernichtung der bisherigen Oligarchie, also der Aristokratie, da diese

die Führung in potenziellen Aufständen hätte übernehmen können. Übrig blieben die ursprünglich gewählten lokalen Dorfbürgermeister, die *Mughtare* (griechisch Kotsampasis), die die osmanische Regierung vor Ort vertraten. Dadurch erhielten diese *Mughtare* eine doppelte Funktion: Sie wurden zu Führern und Beschützern der örtlichen Bevölkerung, zugleich aber zu Objekten osmanischer Repression, wenn in ihrem Verantwortungsbereich etwas schiefging. Aus ihrer Funktion als Beschützer gewannen sie in den Augen der Beschützten Prestige und Macht. Als Gegenleistung erwarteten sie Loyalität von ihren Hintersassen. Die Osmanen belohnten treue Dienste, und so wurden diese lokalen Notabeln im Lauf der Zeit wohlhabend – und oft zu Geldverleihern. Dieses äußerst profitable Geschäft – dreißig Prozent Zinsen waren üblich – war jedoch weniger honett, als sich selbstlos vor die Schutzbefohlenen zu stellen, und es führte zu einem immer größer werdenden Abhängigkeitsverhältnis der örtlichen Bauern zu ihrem Patron. Diese Abhängigkeitsbeziehung existierte im ganzen Osmanischen Reich und wird als *Mughtar*-System bezeichnet. Es ist der konkrete historische Ursprung des heutigen Klientelsystems.

Ein weiterer Aspekt der politischen Kultur ist das Verhältnis von Kirche und Staat. Während sich in Westeuropa der politische Einfluss der Kirchen in den vergangenen fünf Jahrhunderten stark verringerte und die Trennung von Kirche und Staat weitgehend durchgesetzt wurde, lässt sich in Griechenland eine gegenläufige Entwicklung beobachten. Der Einfluss der orthodoxen Kirche nahm zu, weil sie in der osmanischen Zeit dazu beitrug, die griechische Identität zu bewahren. Andererseits wurde sie aufgrund des *Millet*-Systems (Einteilung der Bevölkerung nach Konfessionen) zum Teil des osmanischen Herrschaftssystems, nämlich zum Steuereintreiber der

Hohen Pforte. Auch nach der Errichtung des neugriechischen Staates verstand es der Klerus, aufs Engste mit der jeweiligen Staatsmacht zusammenzuarbeiten. Eine Säkularisierung des kirchlichen Besitzes wie in Westeuropa Anfang des neunzehnten Jahrhunderts fand nicht statt.

Die in Teilen Griechenlands über vierhundert Jahre währende osmanische Herrschaft führte dazu, dass die Griechen den Staat ausschließlich als Ausbeuter erlebten. Während in Westeuropa ein selbstbewusstes Bürgertum entstand, das den Staat als das eigene Staatswesen, als die eigene bürgerliche Republik empfand, war der Staat für die Griechen gleichbedeutend mit Fremdherrschaft, gegen die es sich zu wehren galt und die man hasste. Steuervermeidung und Diebstahl von staatlichem Eigentum waren typische Abwehrreaktionen. Diese Einstellung zum Staat wurde zu einer Tradition, die bis heute fortwirkt.

Die Anfänge des Klientelismus

Als 1821 der griechische Unabhängigkeitskrieg begann, waren die klientelistischen Strukturen des *Millet*- und *Mughtar*-Systems die einzigen Kristallisationskerne für die politische Organisation des Kampfes. Während der Auseinandersetzung vernetzten sich die *Mughtare* horizontal und bildeten vertikale Strukturen, sodass pyramidenförmige Klientelnetzwerke entstanden. Da die Dorfbürgermeister in der Regel keine militärischen Erfahrungen hatten, griff man auf die Anführer der Klephten, ehrenwerter Räuber, in den Bergen zurück, die sich dort traditionell der osmanischen Kontrolle entzogen. Als die Unabhängigkeit erreicht war, gab es also eine Führungselite, die klientelistisch organisiert war und die Klephtentradition aufrechterhielt, indem sie dieses Metier unter anderen Vorzeichen weiterbetrieb.

Doch nun etablierte sich das System als Regierungssystem, denn als König Otto

von Wittelsbach mit einer Handvoll bayerischer Verwaltungsbeamter nach Griechenland kam, zeigte es sich, dass er mit diesen das Land nicht regieren konnte. Er musste auf die klientelistischen Netzwerke zurückgreifen und sie zur unteren Verwaltung machen. Auf diese Weise gewannen die Patrone Zugang zu staatlichen Geldern. Damit aber änderte sich der Charakter des praktizierten Klientelismus. Die Patrone begannen, sich in die Politik einzumischen, und entdeckten rasch, dass der Klientelismus auch politischen Zwecken dienlich sein konnte. Sie nutzten ihre Positionen und ihre Macht, um ihrer Klientel Gefälligkeiten zu erweisen, griechisch *Rousfetia*. Dazu verwendeten sie oft gestohlene staatliche Gelder oder vermittelten Posten in der Verwaltung. Als Gegenleistung erwarteten sie, dass die Klientel bei den nächsten Wahlen für sie stimmte.

Der erste neugriechische Staat war eine Republik, aber diese passte nicht in die nachnapoleonische politische Landschaft der Restauration, und so wurde Griechenland ein Monarch oktroyiert. Der Monarch war ein König von der Großmächte Gnaden, und Griechenland wurde zum Klientelstaat der europäischen Mächte. 1862 setzte Großbritannien eine neue Dynastie ein, und von da an waren die griechischen Monarchen britische Vizekönige, Griechenland ein britisches Protektorat. Von nun an folgten die griechischen Könige und Politiker der *Maxime ti thelei o xenos paragontas* („Was will der ausländische Faktor?“).

Als die Griechen im Zweiten Weltkrieg nach Errichtung einer Republik strebten, sorgte Churchill dafür, dass die Monarchie gewaltsam restauriert wurde. Bis zur Rückkehr des Monarchen im Herbst 1946 wurde das „britische Protektorat“ Griechenland durch einen „Hochkommissar“ in der Person des britischen Botschafters regiert – so wörtlich in den Akten des *Foreign Office*. Ende 1946

konnte Großbritannien seine traditionelle Rolle als Patron Griechenlands aus wirtschaftlichen Gründen nicht länger wahrnehmen. Es kam mit der Truman-Doktrin zu einer Art *Translatio imperii* zu den Amerikanern. Von nun an bis 1974 war Griechenland ein amerikanischer Klientelstaat.

Als Großbritannien 1862 die alleinige Schutzmacht wurde, wandelte sich der Charakter der griechischen „Parteien“. Es entstanden „politische“ Parteien – eine liberale und eine konservative. Tatsächlich änderte sich aber am klientelistischen Charakter nichts. Nach außen hin gaben sie sich liberal beziehungsweise konservativ, in Wirklichkeit wurden beide Netzwerke durch ein hochgradig raffiniertes System von Favoritismus, Nepotismus und *Rousfetia*, eben durch Klientelismus, zusammengehalten. Der Staat wurde zum Ausbeutungsobjekt der jeweiligen Anführer der klientelistischen Pyramide. Postenschacher, Patronage und Korruption durchdrangen die staatliche Verwaltung, das Rechtssystem und das Militär. Stimmenkauf bei Parlamentswahlen und Wahlfälschungen waren übliche politische Erscheinungen. Ende des neunzehnten Jahrhunderts charakterisierte ein griechischer Abgeordneter dieses System als politische Zuhälterei.

Klientelistische Parteien

Die aus diesem System hervorgehenden politischen Parteien hatten auch im zwanzigsten Jahrhundert mit ihren europäischen Gegenstücken nichts gemein, außer dass sie sich Parteien nannten. Parteiprogramme, Parteiorganisationen oder Parteitage waren unbekannt, ebenso wie innerparteiliche Willensbildung von unten nach oben durch Diskussion unter den Mitgliedern. Die Partei war die Klientel des Parteiführers und seiner Granden. Bis in die 1990er-Jahre entschieden die Parteiführer souverän über den einzu-

schlagenden Kurs. Danach verschob sich das Hauptgewicht zu den Parteigränden, wie sich bei der PASOK im Falle von Simitis und Georgios Papandreou zeigte. Konflikte innerhalb einer Partei wurden nicht durch Diskussion und Kompromisse gelöst, sondern die Dissidenten verließen zusammen mit ihrem klientelistischen Subnetzwerk die Partei und schlossen sich einer anderen klientelistischen Pyramide an. Parteiloyalität wurde zu einer Funktion des Erfolgs des Parteiführers, das heißt, sie hing davon ab, welche *Rousfeti* der Parteiführer seiner Klientel zukommen lassen konnte. Machtwechsel kamen oft dadurch zustande, dass Teilnetze ihre Loyalität zu einem anderen Parteiführer verschoben. Der griechische Wähler zog daraus typische Konsequenzen: Er stimmt nicht für eine Partei, sondern gegen jene Partei, die ihm in der vergangenen Legislaturperiode nicht den erwarteten Gefallen (*Rousfeti*) getan hat.

Ein weiterer Aspekt des Klientelismus ist die faktische Steuerfreiheit der Reichen. Die politische und wirtschaftliche Oligarchie waren (und sind!) aufs Engste verfilzt und sorgten dafür, dass die gesamte Oberschicht steuerfrei bleibt und sich die politische Oligarchie selbst bereichert. Die staatlichen Einnahmen stammten zum größten Teil aus indirekten Steuern und der Lohnsteuer, die die kleinen Leute zahlten. Zu einer Industrialisierung wie in Westeuropa kam es nicht. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte lagen in der Landwirtschaft, dem Tourismus, dem Handel und der Schifffahrt. Ein chronischer Mangel an Arbeitsplätzen war die Folge und führte in der Vergangenheit zu Arbeitsmigration. Um ihre Klientel an sich zu binden, sorgte die jeweils regierende Partei dafür, dass ihre Anhänger Arbeit im öffentlichen Dienst fanden, der dadurch immer mehr aufgebläht wurde. Heute arbeitet jeder vierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Eine

dringend notwendige Entlassungsaktion in größerem Umfang würde aber die Parteien Wählerstimmen kosten und wird daher gescheut.

Der aufgeblähte Staatsapparat führte zu hohen Staatsausgaben. Dazu kamen außen- und innenpolitische Extravaganzen, die mehrfach zum staatlichen Bankrott führten, so zum Beispiel 1895. Damals war Griechenland so pleite, dass es unter europäische Finanzaufsicht gestellt wurde. Aber die griechische Führung wusste, dass ihre Schutzmacht Großbritannien sie immer wieder vor dem totalen Absturz retten würde, denn Großbritannien brauchte damals Griechenland als Glied in der Absicherung der *Life Line* des Empires durchs Mittelmeer. Als 1948/49 die nächste große Pleite folgte, sprang die neue Schutzmacht, die USA, in die Bresche. Diese Pleiten führten nun nicht dazu, dass die griechische Oligarchie vorsichtiger wirtschaftete, ganz im Gegenteil, sie verließ sich darauf, dass die jeweilige Schutzmacht sie nicht fallen lassen würde, und konnte so den alten Kurs weitersteuern. Der EU-Beitritt bildete eine weitere Absicherung in diesem Sinne.

Chancen für einen Neubeginn?

Der griechische Klientelismus überstand sogar nationale Katastrophen wie die nach dem verlorenen Krieg gegen die Türkei 1919 bis 1922, als 1,5 Millionen griechische Flüchtlinge nach Griechenland strömten, das damals eine Bevölkerung von etwa sechs Millionen hatte. Das klientelistische Netzwerk der Liberalpartei von Eleftherios Venizelos war stark genug, den Schock zu absorbieren und die Neubürger zu Klienten seiner Partei zu machen. Genau genommen, ging der Klientelismus aus der sogenannten Kleinasiatischen Katastrophe gestärkt hervor.

Es gab im zwanzigsten Jahrhundert nur eine einzige Chance, den Klientelismus zu überwinden, nämlich am Ende

des Zweiten Weltkriegs. Metaxas zer- schlug die alten klientelistischen Netz- werke. Da während der Okkupation der Zugriff auf die staatlichen Gelder, das Le- benselixier des Klientelismus, nicht länger möglich war, wurden die alten poli- tischen Strukturen bedeutungslos. Die Bevölkerung wandte sich von den alten Parteien ab und den aus der Résistance hervorgehenden Kräften zu. Diese Kräfte umfassten alle progressiven Elemente der Gesellschaft von den Liberalen bis zu den Kommunisten. Am Horizont be- gann sich eine Nachkriegsrepublik mit europäischen politischen Strukturen ab- zuzeichnen. Jetzt aber führten außen- politische Einflüsse, insbesondere seitens Churchills und Stalins, zu einer Wieder- belebung des klientelistischen Systems und zu einem Bürgerkrieg, der bis 1949 dauerte.

Der danach existierende griechische Staat wurde zunächst von der konser- vativen Klientelpartei unter Konstantinos Karamanlis, die nun ERE („Nationale Radikale Union“) hieß, regiert. Die oppo- sitionelle Klientelpartei unter Georgios Papandreou hieß EK („Zentrumsunion“) und war eine Art Fortsetzung der Liberal- partei aus der Vorkriegszeit. Auch als Papandreou nach 1963 für wenige Jahre an die Macht kam, änderte sich am klien- telistischen System nichts. Sogar die Mili- tärdictatur veränderte daran nur, dass jetzt die Militärs und ihre Klienten die Nutznießer waren und nicht länger die politische Oligarchie.

Während der Diktatur begann unter den in Europa lebenden Exilgriechen eine intensive Diskussion darüber, wie man das klientelistische System überwinden könnte. Bald bestand Konsens, dass man den Charakter der Parteien verändern musste, indem man Parteien europä- ischen Typs (*evropaikou typou*) ins Leben rief, also Parteien mit Programmen, Kon- gressen, internem demokratischen Wil- lensbildungsprozess und Wahl der Füh-

rung. Man schmiedete Pläne und begann, sich zu organisieren, aber bevor Konkretes entstand, wurde man von einer neuen Entwicklung überrascht.

Im Sommer 1974 stürzte die Junta über die von ihr selbst provozierte Invasion Zyperns durch die Türkei ganz plötzlich. Karamanlis kehrte nach Griechenland zu- rück und hauchte seiner ehemaligen ERE- Partei unter dem Namen *Nea Dimokratia* neues Leben ein. Aber die *Nea Dimokratia* war nichts anderes als die wiederbelebte Klientelpartei der Konservativen. Wenig später erschien Andreas Papandreou in Athen. Er hatte im Exil an der Diskussion über die Schaffung einer Partei „europä- ischen Typs“ und die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des griechi- schen politischen Systems teilgenommen. Doch nun kümmerte er sich nicht mehr um die guten Vorsätze und gründete die PASOK. Nach außen hin gab sich die neue Partei als links, tatsächlich war die PASOK vom ersten Moment an eine von Papandreou straff geführte Klientel- partei. Als oppositionelle Gruppen wie zum Beispiel die ehemalige Widerstands- gruppe *Dimokratiki Amyna* („Demokrati- sche Verteidigung“), die gegen die Junta gekämpft hatte, dagegen protestierten, ließ Papandreou sie aus der Partei werfen.

Damit war das alte klientelistische Zweiparteiensystem wieder etabliert. Ka- ramanlis regierte das Land bis 1981. Der Klientelismus funktionierte auf die be- kannte Weise, wobei die Konservativen es bei der Verteilung von *Rousfetia* nicht übertrieben. Der größte Teil der Füh- rungselite der *Nea Dimokratia* stammte aus dem gehobenen wohlhabenden Bür- gertum und hatte es zumeist nicht nötig, sich selbst zu bereichern. Außerdem wa- ren die Mittel, die zweckentfremdet wer- den konnten, begrenzt. Dies änderte sich jedoch, als 1981 die PASOK an die Macht kam.

Die PASOK war eine neue Partei, unter deren Führungsmitgliedern viele waren,

die aus weniger wohlhabenden Schichten stammten, noch nie Zugriff auf die staatlichen Kassen gehabt hatten und nun einen riesigen Nachholbedarf verspürten. Die Führung musste die Partei auf allen Ebenen erst einmal aufbauen und sich eine breite Anhänger- und Wählerschaft sichern, indem man *Rousfetia* in größtem Umfang verteilte, um sich so der Loyalität der Anhängerschaft zu versichern. Dies wäre auf der Basis der bisherigen Staatseinnahmen kaum möglich gewesen, aber da Griechenland seit 1981 EU-Mitglied war, flossen jetzt Fördergelder. Andreas Papandreou betrachtete diese als eine unerschöpfliche Quelle zur Verteilung von *Rousfetia*. EU-Gelder flossen in das klientelistische PASOK-Netzwerk in einem noch nie da gewesenen Ausmaß. Die Gewerkschaften wurden aufgefordert, höhere Löhne zu fordern, die mit EU-Geldern bezahlt werden würden.

Noch schlimmere Auswirkungen hatte jedoch eine an und für sich für Griechenland positive Auswirkung des EU-Beitritts: Griechenland konnte sich Geld zu günstigen Zinsen auf dem internationalen Geldmarkt leihen. Für die letzte selbstständige Anleihe hatte Griechenland über acht Prozent Zinsen zahlen müssen und war daher vorsichtig gewesen. Doch jetzt waren die Zinsen erheblich günstiger, und es begann das Leben auf Pump. Über die Rückzahlung machte man sich keine Gedanken. Als 1990 die *Nea Dimokratia* nun unter Mitsotakis wieder an die Macht kam, änderte sich daran nichts, und als 1993 Papandreou mit seiner PASOK wieder die Wahlen gewann, erlebte die Veruntreuung von EU-Geldern einen neuen Höhepunkt. 1996 musste der wegen eines riesigen Finanzskandals angeschlagene Papandreou aus Krankheitsgründen zurücktreten, und Kostas Simitis, ein in Deutschland ausgebildeter Jurist, wurde sein Nachfolger. Unter ihm schaffte es Griechenland mit „geschönten“ Zahlen, in den Kreis jener EU-Staaten aufgenom-

men zu werden, die den Euro als Zahlungsmittel einführten.

Was für die westeuropäischen Staaten ein wirtschaftlicher Gewinn war, entpuppte sich für Griechenland letztlich als ein Fluch. Denn nun kam Griechenland noch einfacher an zinsgünstige Anleihen. Simitis erkannte die Gefahr und versuchte gegenzusteuern. Er hatte so lange in Deutschland gelebt, dass er in der Lage war, die Situation in Griechenland von außen zu betrachten. Er bemühte sich bis 2004, den Klientelismus einzudämmen und seine Auswüchse zurückzustutzen. Doch das System erwies sich als stärker. Der Klientelismus der PASOK hatte eine weitere Metamorphose durchgemacht. Die PASOK war nicht länger eine monolithische klientelistische Pyramide. Sie bestand inzwischen aus relativ unabhängigen Teilnetzwerken mit Subpatronen an der Spitze. Diese Granden der PASOK verteilten selbstständig die *Rousfetia* nach ihrem Gutdünken, denn sie hatten selbst Zugriff auf staatliche oder EU-Hilfsgelder. Als Simitis weiter zu bremsen versuchte, erlebte er eine Art Palastrevolution seiner Granden, die ihn aus seiner Machtposition drängten.

Als die *Nea Dimokratia* 2004 wiedergewählt wurde, setzte sich der Kreislauf weiter fort. Die führenden Persönlichkeiten der ND waren nicht länger wohlhabende Konservative, sondern eine jüngere Generation, die von der Gier nach schnellem Geld getrieben wurde. Während ihrer Herrschaft nahm die Staatsverschuldung unvorstellbare Ausmaße an. Im Unterschied zur PASOK sickerte aber kaum Geld nach unten durch. Die staatliche Schuldenmacherei verleitete die griechischen Banken nun dazu, ebenfalls Schulden zu machen, und diese animierten die Bürger, auf Kredit zu konsumieren. Etwa zwei Jahrzehnte lang gab es so in Griechenland einen noch nie da gewesenen Wohlstand der breiten Bevölkerung. Es wurde jedoch nicht investiert.

Die geliehenen Gelder flossen in den Konsum beziehungsweise verschwanden auf der politischen Ebene auf Konten im Ausland. Es ist in Griechenland ein offenes Geheimnis, dass etwa die Hälfte der Gelder des angehäuften Schuldenberges noch existiert – nur nicht in Griechenland. Das Ende dieser Entwicklung ist bekannt.

Die griechische Bevölkerung weiß durchaus um die Auswüchse des Klientelismus. Jeder kann typische Beispiele aus eigener Erfahrung erzählen. Die überwältigende Mehrheit jener, die nicht direkt vom System profitieren, lehnt es ab, muss aber daran partizipieren, wenn sie überleben will. Jeder weiß, dass die politische Klasse korrupt ist, aber niemand begreift das ganze Ausmaß des Klientelismus sowie die Tatsache, dass er ein System ausgebildet hat. Man redet von klientelistischen Beziehungen (*pelatiakes scheseis*), aber erkennt seinen wahren universalen und fundamentalen Charakter nicht. Bis vor Kurzem hatten die Griechen nicht einmal ein Wort für Klientelismus, das der Autor dieser Zeilen mit *pelatiasmos* einführte.

Die gegenwärtige Krise

Seit 2010 befindet sich Griechenland in der wohl größten Krise seiner jüngeren Geschichte. Der vorletzte Premierminister Giorgos Papandreou ist zwar der Sohn von Andreas Papandreou, aber im Unterschied zu ihm hielt er vom Klientelismus nichts. Seine Mutter ist Amerikanerin, und er lebte Jahrzehnte im Ausland. 2009 ging er mit seiner PASOK aus den Wahlen als strahlender Sieger hervor. Aber im Gegensatz zu seinem Vater kontrollierte er nie die PASOK und ihre Granden. Er hatte nicht einmal eine eigene Hausmacht. Seine Position erinnert an jene von Kostas Simitis. Als dann die Finanzkrise explodierte, geriet er in eine fatale Lage.

Als Papandreou sich unter den Rettungsschirm der EU begab, stellte diese harte Forderungen. Die griechische Regie-

rung sollte sparen und die Steuern erhöhen. Dies waren Rezepte, die in den übrigen europäischen Staaten recht und schlecht funktionierten, nicht aber in Griechenland. Sparen bedeutete, dass unter anderem der massiv aufgeblähte Staatsapparat drastisch reduziert werden müsste. Dies wiederum hätte bedeutet, dass Papandreou seine eigenen Anhänger und Wähler desavouiert hätte. Eine große Entlassungswelle hätte die PASOK bei den nächsten Wahlen dezimiert. Sparen bedeutete auch, dass die Gehälter und Renten gekürzt werden müssten und von nun an erheblich weniger *Rousfetia* verteilt werden könnten. Die Erhöhung der Verbrauchssteuern traf ebenfalls die eigene Anhängerschaft, die kleinen Leute, denen nun der Absturz in die Armut drohte.

Die einzige spürbare Entlastung hätte durch eine Besteuerung der Reichen erreicht werden können, zu denen auch viele Politiker gehören. Aber diese hatten ihr Geld schon lange im Ausland oder drohten, es dorthin zu schaffen. Außerdem war die Wirtschaftsoligarchie mit der politischen Oligarchie so verfilzt, dass Papandreou eine Palastrevolution seiner Granden zu fürchten hatte, wenn er versucht hätte, die Reichen zu besteuern. Papandreou konnte die harten Forderungen der EU nur in einer Richtung erfüllen, indem er die kleinen Leute zur Kasse bat. Sein verzweifelter Versuch, seinen Spielraum durch die Abhaltung eines Plebiszits wieder zu vergrößern, war im klientelistischen System eine richtige Maßnahme, denn er hätte dadurch das Volk höchstwahrscheinlich hinter sich gebracht. So abgesichert, hätte er auch härtere Maßnahmen gegen den Willen seiner Granden durchsetzen können. In Europa aber wurde dieser Schritt völlig missverstanden und torpediert. Dies führte letztlich zu Papandreous Rücktritt.

Die neue Regierung aus PASOK und *Nea Dimokratia* wurde in Europa – völlig unangemessen – als eine „Große Koali-

tion“ interpretiert. In Westeuropa sind parteiübergreifende Große Koalitionen geeignet, schwierige Situationen zu überwinden. In einem klientelistischen System wird eher das Gegenteil erreicht. Die beiden Klientelparteien vereinigen ihre Kräfte bei der Abwehr von Forderungen, die ihre Basis schwächen können. Man denkt nicht daran, das klientelistische System zu reformieren oder gar aufzugeben. Im Gegenteil verlässt man sich darauf, dass die europäische Hilfe das System wieder stabilisieren werde und man dann wieder zum *Status quo ante* zurückkehren könne. Dass dies funktionieren könnte, hat die Vergangenheit gezeigt.

Den Europäern andererseits fällt es schwer zu verstehen, dass der Schuldenerlass und die Finanzspitzen nur die Symptome der griechischen Krise bekämpfen, aber nicht die Ursache. Solange das Klientelsystem weiterbesteht, sind die europäischen Gelder vergeudet, denn sie stabilisieren nur das alte System. Sobald die Lage wieder stabil ist, wird das alte Spiel des Klientelismus weitergespielt werden. Eine echte Veränderung kann nur durch eine Systemänderung erreicht werden. Doch dazu wäre es notwendig, dass die Europäer aufhören, ihre ethischen und politischen Vorstellungen auf Griechenland zu projizieren und dem Land unpassende und wirkungslose Maßnahmen zu oktroyieren. Die Europäer betrachten den Klientelismus durch eine moralische Brille und halten ihn für eine Art extensive Korruption. So kann man die moralische Keule schwingen und die Griechen auffordern, ihr korruptes System zu beenden. Dies ist absolut kontraproduktiv. Griechenland braucht keine moralischen Ratschläge, sondern konkrete Hilfe bei der Überwindung des Klientelismus. Die im Augenblick nach Griechenland gesandten europäischen Berater werden bestimmt diese oder jene Veränderung bewirken, aber sie werden vermutlich nur

zu den Symptomen vordringen. Was notwendig ist, ist die Entsendung von tatsächlichen politischen Experten, die verstehen, wie das klientelistische System funktioniert. Der einzige Weg, den Klientelismus zu überwinden, ist der, die finanziellen Quellen für die *Rousfetiä* auszutrocknen. Dies kann nur durch strengste Kontrolle der staatlichen Finanzen durch ausländische Experten erreicht werden, die die Tricks und Methoden des Klientelismus genau kennen. Dies wird natürlich nicht ohne Einschränkung der staatlichen Souveränität möglich sein. Flankierend müssten die Reichen Griechenlands dazu gebracht werden, ihren Beitrag zu leisten. Nur so kann die gegenwärtige Not der einfachen Leute gemildert und eine Rebellion vermieden werden.

Es ist viel die Rede von einem neuen Marshall-Plan für Griechenland. Das ist durchaus eine richtige Idee, aber sie darf nicht die Fehler des ersten wiederholen, als man der Meinung war, dass Griechenland wegen der Mentalität seiner Bewohner nicht zu industrialisieren sei. Griechenland muss endlich in die Lage versetzt werden, seine eigenen Ressourcen zu nutzen. Dazu müssen geeignete Industrien aufgebaut werden, die langfristig Arbeit bieten. Sind Arbeitsplätze in großer Zahl vorhanden, werden sich die Menschen nicht länger an die Politiker wenden, um einen Job im öffentlichen Dienst oder bei einer anderen staatlichen Institution zu erhalten. Nur durch die Schaffung einer großen Zahl von permanenten Arbeitsplätzen wird es möglich sein, soziale Verwerfungen zu verhindern. Dadurch wird ein weiterer Aspekt des Klientelismus beseitigt.

Es ist an der Zeit zu begreifen und zu lernen, was der Klientelismus ist, und die griechische Elite dazu zu bewegen, den Klientelismus zu überwinden und sich modernen europäischen Strukturen anzupassen.